

# Amts- und Anzeigeblatt

## für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

### Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberhügengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterhügengrün, Wildenthal usw.

Preispreis vierterjährl. Mrkt. 2.70 einschließlich des „Amts-Unterhaltungsblattes“ in der Geschäftsstelle, bei unseren Händlern sowie bei allen Reichspoststellen. — Druckt möglichst abends mit Kenntnahme der Sonnen- und Wetterlage für den folgenden Tag.

Ein Satz dieser Seite — Krieg oder Friede legt keinen Einfluss auf die Zeitung, die Reklame und die Beiträge sowie auf die Ausgabe der Zeitung — bei der Regel keinen Einfluss auf die Ausgabe der Zeitung — aber auf die Ausgabe der Zeitung.

Gef. Adr.: Amtsblatt.

Anzeigenpreis: die einseitige Seite 20 Pg.  
Im Reklameteil die Seite 10 Pg.  
Im amtlichen Teile die gesetzte Seite 50 Pg.  
Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags  
10 Uhr, für größere Tage vorher.

Eine Frist für die Aufnahme der Anzeigen  
sowie am nächsten oder am vorgezeichneten Tage  
sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben,  
ebensoviel für die Gültigkeit der durch Fern-  
sprecher aufgegebenen Anzeigen.

Fernsprecher Nr. 110.

Nr. 295.

Donnerstag, den 19. Dezember

1918.

Auf dem die Firma Boden-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Wolfsgrün betreffenden Blatt 237 des Handelsregisters für den Landkreis ist heute eingetragen worden, daß der Geschäftsführer Ernst Eugen Dörfel in Eibenstock ausgeschieden ist.

Eibenstock, den 16. Dezember 1918.

**Das Amtsgericht.**

**8. öffentliche Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums**

Donnerstag, den 19. Dezember 1918, abends 7 Uhr

im Sitzungssaale des Rathauses.

Eibenstock, den 17. Dezember 1918.

**Der Stadtverordnetenvorsteher.**

**Hofbaurtheit.**

**Tagesordnung.**

1) Ortsgebot über die Wahlen von Stadtverordneten.

2) Zusammensetzung der ständigen Ausschüsse bis zur Neuwahl der Stadtverordnetenkörperschaft.

- 3) Sitzung für Gewerbeschäftsfürsorge.
- 4) Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung.
- 5) Ausweichung des Heizfeuers im 1894/1904er Schulgebäude.
- 6) Einmalige außerordentliche Kriegsteuerungszulagen für die Gemeindebeamten.
- 7) Unterwellige einmalige Kriegsteuerungszulage für die Lehrer der Volksschulen.
- 8) Bereitstellung von Mitteln für den Arbeiterrat.
- 9) Erhöhung des Vermögensstocks der Samuel Wilhelm Dörfel-Stiftung.
- 10) Rechnungssachen.
- 11) Kenntnissnahmen.

**Hierauf nichtöffentliche Sitzung.**

**Zuschußunterstützung**

zur Reichsfamilienunterstützung kommt

Donnerstag, den 19. Dezember 1918, vorm. von 8—12 Uhr und

nachm. von 2—4 Uhr, und

Freitag, den 20. Dezember 1918, nur vorm. von 8—12 Uhr

in der Stadtclasse zur Auszahlung.

Die Unterstützung wird nur an Erwachsene gegen Vorlage der Ausweis-Karte gezahlt.

Eibenstock, den 17. Dezember 1918.

**Der Stadtrat.**

**Zum Verständnis des Wahlgesetzes für die Nationalversammlung.**

Von Justizrat Richard Otto Wols in Stettin.

D. P. K. Die in Nr. 167 des Reichsgesetzbuchs veröffentlichte Verordnung vom 30. November 1918 über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung nebst der dazu gehörigen Wahlordnung für diese Wahlen sind sicherlich für viele Wähler und Wählerinnen nicht auf den ersten Blick vollständig verständlich. Wohin man kommt, überall wird eifrig darüber gestritten, wie diese und jene Vorschrift zu verstehen ist. Das ist ohne weiteres begreiflich, denn mit der Technik der Verhältniswahl hat die übergroße Mehrheit der Wählerschaft praktisch noch nichts zu tun gehabt.

Nachstehend sollen einige der Zweifelsfragen erörtert werden, die vielfach gestellt werden.

Unverständlich ist den Meisten zunächst die grundlegende Bestimmung des § 51 der Wahlordnung über die Verteilung der Abgeordnetenstimme auf die Gesamtheit der in einem Wahlkreise abgegebenen Stimmen. Danach sollen die sämtlichen Stimmenzahlen, die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallen, "nach einander durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt werden, bis von den sich hierbei ergebenden Teilstichen so viele Höchstzahlen der Größe nach ausgesondert werden können, wie Abgeordnete zu wählen sind. Jeder Wahlvorschlag erhält dabei so viele Abgeordnetenstimme, wie auf ihn Höchstzahlen entfallen. Wenn die am letzten Stelle stehende Höchstzahl auf mehrere Wahlvorschläge zugleich entfällt, so entscheidet das Los.

Was soll das heißen? Ich habe es wiederholt erlebt, daß in einem Kreise von fünf bis sechs akademisch gebildeten Herren nicht ein einziger aus diesen geheimnisvollen Worten klug werden konnte. Ein Beispiel soll zeigen, was gemeint ist.

Angenommen, in einem Wahlkreise sind 5 Abgeordnete zu wählen und 3 Parteien haben Abgeordnetenlisten — die das Gesetz "Vorschlagslisten" nennen — aufgestellt. Für die erste Liste sind 100.000 Stimmzettel abgegeben, für die zweite 60.000, für die dritte 48.000. Dann ergibt das Rechenexample, das § 51 des Wahlgesetzes vorschreibt, folgende Zahlenreihen:

Liste I	Liste II	Liste III
100 000	60 000	48 000
geteilt durch 2:	50 000	30 000
geteilt durch 3:	33 333	20 000
geteilt durch 4:	25 000	15 000

In der vorstehenden Tabelle sind die 5 "Höchstzahlen", die bei diesem Divisionsgesetz "ausgesondert" werden müssen, fettgedruckt. Danach erhält die erste Liste drei Abgeordnete und die beiden anderen Listen erhalten nur je einen Abgeordneten. Es sind daher gewählt von der ersten Liste die drei Kandidaten, deren Namen dort an erster bis dritter Stelle stehen, dagegen von den beiden anderen Listen nur der erste Name resp.

Nun können aber nach § 12 des Wahlgesetzes mehrere Vorschläge (Kandidatenlisten), "mit einander verbunden" werden. Dazu ist es notwendig, daß die Parteien, die dies tun wollen, spätestens am 7. Tage vor dem Wahltage dem Wahlkommissar diese Verbindung schriftlich anzeigen. Wenn dies geschieht, so gelten die verbundene Wahlvorschläge den anderen Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag. Was diese Verbindung bedeutet und wie sehr sie das Ergebnis der Wahl ändern kann, veranschaulicht die nächste Tabelle, die zeigt, was bei derselben Wahl, die in der obigen Tabelle behandelt ist, herausgekommen wäre, wenn die Liste II mit der Liste III verbunden gewesen wäre. In diesem Falle muß nach § 52 der Wahlordnung zunächst eine Oberverteilung stattfinden, um festzustellen, wieviel Abgeordnetenstimme die verbündeten Listen zusammen den Gegenparteien entziehen, und dann eine Unterverteilung, um festzustellen, wie die verbündeten oder verbündeten Parteien die Beute unter sich zu verteilen haben.

Bei der Oberverteilung ergibt sich folgende Zahlenreihe:

Gesamtstimmenzahl	Stimmenzahl der Listen 2 und 3	Stimmenzahl der Liste 1
108 000	100 000	
geteilt durch 2:	54 000	50 000
geteilt durch 3:	36 000	33 333
geteilt durch 4:	27 000	25 000

Danach haben die beiden "Verbündeten" oder Höchstziffern, also drei Abgeordnetenstimme erhalten und die dritte Partei erhält nur zwei Stiche. Die Partei der Liste I hat also einen Abgeordnetenstimme weniger erhalten, als sie erhalten hätte, wenn die beiden Gegenparteien ohne die Verbindung der Listen in die Wahlschlacht traten würden.

Die Unterverteilung, von der § 52, Absatz 2, der Wahlordnung spricht, ist dann sehr einfach:

Stimmenzahl der Liste 2	Stimmenzahl der Liste 3
60 000	48 000
geteilt durch 2:	30 000
geteilt durch 3:	20 000

Die Liste II erhält also zwei Stiche, die Liste III einen Stich.

Dann eine andere Frage. § 14 des Wahlgesetzes schreibt in Absatz 2 vor, daß die Namen auf den einzelnen Stimmzetteln, die der Wähler am Wahltage abgibt, nur einem einzigen der öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschläge entnommen sein dürfen. Und § 42 der Wahlordnung bestimmt in Ziffer 7: Unzulässig sind alle Stimmzettel, die Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen enthalten. Damit scheint auf den ersten Blick die Möglichkeit gegeben zu sein, aus dem Parlament jeden Politiker fernzuhalten, der entweder bei den Gegenparteien besonders verhaft oder gefürchtet ist, oder der persönliche Feinde im eigenen Lager hat. Es brauchen sich nämlich nur hundert Wähler zusammenzutun und einen eigenen Wahlvorschlag einzurichten, auf dem unter anderen auch der Name jenes Kandidaten steht, dessen Wahl sie verhindern wollen. Das ist natürlich nicht die Absicht des Gesetzes, und es ist dafür gesorgt, daß das nicht möglich ist. Denn nach § 11, Absatz 3 des Wahlgesetzes muß gleichzeitig mit dem Wahlvorschlag eine Erklärung jedes darin vorgeschlagenen "Bewerbers" über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag beigelegt werden. Nun könnte es ja allerdings vorkommen, daß einem der "Bewerber" keine Zustimmung nachträglich wieder fehlt wird, sei es, weil in den Wochen zwischen der Einreichung der Wahlvorschläge und dem Wahltage erhebliche politische Meinungsverschiedenheiten in der Partei zutage getreten sind, sei es, daß gegen seinen Wunsch und Willen seine Partei nachträglich die Verbindung ihrer Vorschlagsliste mit der Liste einer anderen Partei beschlossen und dem Wahlkommissar angezeigt hat, was erst innerhalb der letzten sieben Tage vor dem Wahltage zu geschehen braucht (§ 12, Absatz 2 des Wahlgesetzes), während die Wahlvorschläge eingereicht werden können, sobald der Wahlkommissar ernannt ist (§ 13 der Wahlordnung), der dann seinerseits spätestens vier Wochen vor dem Wahltage durch öffentliche Bekanntmachung zur Einreichung von Wahlvorschlägen aufzufordern hat (§ 12 der Wahlordnung). Wenn in einem solchen Falle ein Kandidat sich noch schämigt auf eine zweite Vorschlagsliste legen läßt, wozu er ja nur 100 Unterschriften aus dem ganzen Wahlkreise braucht (§ 11, Absatz 2 des Wahlgesetzes), und wenn dabei die Frist von 21 Tagen noch innegehalten werden kann, die nach § 11 des Wahlgesetzes zwischen der Einreichung der Wahlvorschläge und dem Wahltage liegen müssen, so kann es vorkommen, daß dieselbe Partei der Liste I hat also einen Abgeordnetenstimme weniger erhalten, als sie erhalten hätte, wenn die beiden Gegenparteien ohne die Verbindung der Listen in die Wahlschlacht traten würden.

Die Unterverteilung, von der § 52, Absatz 2, der Wahlordnung spricht, ist dann sehr einfach:

dafür gesorgt, daß das nicht möglich ist. Denn nach § 11, Absatz 3 des Wahlgesetzes muß gleichzeitig mit dem Wahlvorschlag eine Erklärung jedes darin vorgeschlagenen "Bewerbers" über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag beigelegt werden. Nun könnte es ja allerdings vorkommen, daß einem der "Bewerber" keine Zustimmung nachträglich wieder fehlt wird, sei es, weil in den Wochen zwischen der Einreichung der Wahlvorschläge und dem Wahltage erhebliche politische Meinungsverschiedenheiten in der Partei zutage getreten sind, sei es, daß gegen seinen Wunsch und Willen seine Partei nachträglich die Verbindung ihrer Vorschlagsliste mit der Liste einer anderen Partei beschlossen und dem Wahlkommissar angezeigt hat, was erst innerhalb der letzten sieben Tage vor dem Wahltage zu geschehen braucht (§ 12, Absatz 2 des Wahlgesetzes), während die Wahlvorschläge eingereicht werden können, sobald der Wahlkommissar ernannt ist (§ 13 der Wahlordnung), der dann seinerseits spätestens vier Wochen vor dem Wahltage durch öffentliche Bekanntmachung zur Einreichung von Wahlvorschlägen aufzufordern hat (§ 12 der Wahlordnung). Wenn in einem solchen Falle ein Kandidat sich noch schämigt auf eine zweite Vorschlagsliste legen läßt, wozu er ja nur 100 Unterschriften aus dem ganzen Wahlkreise braucht (§ 11, Absatz 2 des Wahlgesetzes), und wenn dabei die Frist von 21 Tagen noch innegehalten werden kann, die nach § 11 des Wahlgesetzes zwischen der Einreichung der Wahlvorschläge und dem Wahltage liegen müssen, so kann es vorkommen, daß dieselbe Partei der Liste I hat also einen Abgeordnetenstimme weniger erhalten, als sie erhalten hätte, wenn die beiden Gegenparteien ohne die Verbindung der Listen in die Wahlschlacht traten würden.

Die Unterverteilung, von der § 52, Absatz 2, der Wahlordnung spricht, ist dann sehr einfach:

dafür gesorgt, daß das nicht möglich ist. Denn nach § 11, Absatz 3 des Wahlgesetzes muß gleichzeitig mit dem Wahlvorschlag eine Erklärung jedes darin vorgeschlagenen "Bewerbers" über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag beigelegt werden. Nun könnte es ja allerdings vorkommen, daß einem der "Bewerber" keine Zustimmung nachträglich wieder fehlt wird, sei es, weil in den Wochen zwischen der Einreichung der Wahlvorschläge und dem Wahltage erhebliche politische Meinungsverschiedenheiten in der Partei zutage getreten sind, sei es, daß gegen seinen Wunsch und Willen seine Partei nachträglich die Verbindung ihrer Vorschlagsliste mit der Liste einer anderen Partei beschlossen und dem Wahlkommissar angezeigt hat, was erst innerhalb der letzten sieben Tage vor dem Wahltage zu geschehen braucht (§ 12, Absatz 2 des Wahlgesetzes), während die Wahlvorschläge eingereicht werden können, sobald der Wahlkommissar ernannt ist (§ 13 der Wahlordnung), der dann seinerseits spätestens vier Wochen vor dem Wahltage durch öffentliche Bekanntmachung zur Einreichung von Wahlvorschlägen aufzufordern hat (§ 12 der Wahlordnung). Wenn in einem solchen Falle ein Kandidat sich noch schämigt auf eine zweite Vorschlagsliste legen läßt, wozu er ja nur 100 Unterschriften aus dem ganzen Wahlkreise braucht (§ 11, Absatz 2 des Wahlgesetzes), und wenn dabei die Frist von 21 Tagen noch innegehalten werden kann, die nach § 11 des Wahlgesetzes zwischen der Einreichung der Wahlvorschläge und dem Wahltage liegen müssen, so kann es vorkommen, daß dieselbe Partei der Liste I hat also einen Abgeordnetenstimme weniger erhalten, als sie erhalten hätte, wenn die beiden Gegenparteien ohne die Verbindung der Listen in die Wahlschlacht traten würden.

Die Unterverteilung, von der § 52, Absatz 2, der Wahlordnung spricht, ist dann sehr einfach:

dafür gesorgt, daß das nicht möglich ist. Denn nach § 11, Absatz 3 des Wahlgesetzes muß gleichzeitig mit dem Wahlvorschlag eine Erklärung jedes darin vorgeschlagenen "Bewerbers" über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag beigelegt werden. Nun könnte es ja allerdings vorkommen, daß einem der "Bewerber" keine Zustimmung nachträglich wieder fehlt wird, sei es, weil in den Wochen zwischen der Einreichung der Wahlvorschläge und dem Wahltage erhebliche politische Meinungsverschiedenheiten in der Partei zutage getreten sind, sei es, daß gegen seinen Wunsch und Willen seine Partei nachträglich die Verbindung ihrer Vorschlagsliste mit der Liste einer anderen Partei beschlossen und dem Wahlkommissar angezeigt hat, was erst innerhalb der letzten sieben Tage vor dem Wahltage zu geschehen braucht (§ 12, Absatz 2 des Wahlgesetzes), während die Wahlvorschläge eingereicht werden können, sobald der Wahlkommissar ernannt ist (§ 13 der Wahlordnung), der dann seinerseits spätestens vier Wochen vor dem Wahltage durch öffentliche Bekanntmachung zur Einreichung von Wahlvorschlägen aufzufordern hat (§ 12 der Wahlordnung). Wenn in einem solchen Falle ein Kandidat sich noch schämigt auf eine zweite Vorschlagsliste legen läßt, wozu er ja nur 100 Unterschriften aus dem ganzen Wahlkreise braucht (§ 11, Absatz 2 des Wahlgesetzes), und wenn dabei die Frist von 21 Tagen noch innegehalten werden kann, die nach § 11 des Wahlgesetzes zwischen der Einreichung der Wahlvorschläge und dem Wahltage liegen müssen, so kann es vorkommen, daß dieselbe Partei der Liste I hat also einen Abgeordnetenstimme weniger erhalten, als sie erhalten hätte, wenn die beiden Gegenparteien ohne die Verbindung der Listen in die Wahlschlacht traten würden.

Die Unterverteilung, von der § 52, Absatz 2, der Wahlordnung spricht, ist dann sehr einfach:

dafür gesorgt, daß das nicht möglich ist. Denn nach § 11, Absatz 3 des Wahlgesetzes muß gleichzeitig mit dem Wahlvorschlag eine Erklärung jedes darin vorgeschlagenen "Bewerbers" über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag beigelegt werden. Nun könnte es ja allerdings vorkommen, daß einem der "Bewerber" keine Zustimmung nachträglich wieder fehlt wird, sei es, weil in den Wochen zwischen der Einreichung der Wahlvorschläge und dem Wahltage erhebliche politische Meinungsverschiedenheiten in der Partei zutage getreten sind, sei es, daß gegen seinen Wunsch und Willen seine Partei nachträglich die Verbindung ihrer Vorschlagsliste mit der Liste einer anderen Partei beschlossen und dem Wahlkommissar angezeigt hat, was erst innerhalb der letzten sieben Tage vor dem Wahltage zu geschehen braucht (§ 12, Absatz 2 des Wahlgesetzes), während die Wahlvorschläge eingereicht werden können, sobald der Wahlkommissar ernannt ist (§ 13 der Wahlordnung), der dann seinerseits spätestens vier Wochen vor dem Wahltage durch öffentliche Bekanntmachung zur Einreichung von Wahlvorschlägen aufzufordern hat (§ 12 der Wahlordnung). Wenn in einem solchen Falle ein Kandidat sich noch schämigt auf eine zweite Vorschlagsliste legen läßt, wozu er ja nur 100 Unterschriften

mehreren Wahlvorschlägen steht, dem Wahlkommissar erklären, für welchen Wahlvorschlag sie sich entscheiden. Und da im diesem Falle die Bewerber, solange sie auf mehreren Listen stehen, nicht wählbar sind, so können auch die Parteien, die diese Listen eingereicht haben, bis zum siebten Tage vor dem Wahltag die Namen dieser Doppelbewerber durch andere Namen erneut. Dazu ist erforderlich, daß mehr als die Hälfte der Unterzeichner eines solchen Wahlvorschlags identisch einen entsprechenden Antrag bei dem Wahlkommissar stellt.

Bleiben trotzdem in den Wahlvorschlägen des selben Wahlkreises die Namen solcher Doppel-Bewerber stehen, so sind sie nach § 24, Absatz 1, der Wahlordnung in den Vorschlagslisten zu streichen. Die Entscheidung hierüber erfolgt vor dem Wahltag auf Anordnung des Wahlkommissars, evtl. auf Anrufung der Vertrauensmänner durch Entscheidung des Wahlauschusses, der aus dem Wahlkommissar und 4 von ihm berufenen Wahlberechtigten besteht. Im übrigen bleiben diese Vorschlagslisten trotz der darin vorgenommenen Streichungen noch wie vor gültig, obwohl sie nunmehr weniger Namen enthalten, als Abgeordnete zu wählen sind. In Übereinstimmung hiermit steht die Vorschrift des § 42, Ziffer 4, der Wahlordnung, wonach für ungültig zu erklären sind jene Stimmbücher, "die keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten".

Sollte es trotz der Prüfung der Wahlvorschläge durch den Wahlkommissar und den Wahlauschuss versehentlich vorkommen, daß Doppel-Bewerber auf mehreren Wahlvorschlägen stehen bleiben, so sind allerdings bei der Feststellung des Wahlresultats alle verarbeiteten Stimmbücher für ungültig zu erklären (§ 42, Ziffer 7, der Wahlordnung).

## Die Reichskonferenz der A.- und S.-Räte.

Berlin, 16. Dezember. Die Reichskonferenz der A. und S.-Räte trat heute im preußischen Abgeordnetenhaus zusammen. Richard Müller vom Berliner Volkszugsrat eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache. Kann nahm Volksbeauftragter Ebert das Wort. Er sagte: Der Rat des Volkes ist die Grundlage des deutschen Staates geworden. Aber wir sind uns klar darüber, daß die große deutsche sozialistische Republik erst dann den Zweck ihres Da-seins erfüllt, wenn man nicht nur die Herren, sondern auch die Ausbeuter beseitigt. Die tapferen Kämpfer der Revolution, welche die Fürsten von dem Throne gestürzt, das Junkertum und die Männer der Schwerindustrie vertrieben haben, ermöglichen die freie Republik. Unsere junge sozialistische Republik muß einstweilen noch einige Hindernisse durchmachen. Und ihr werdet euch daher nicht wundern, wenn der gewaltige Umschwung der Revolutionstage nicht alsbald der Republik einen reibungslosen Lauf des staatlichen Apparates und den höchsten Zugestell seiner Apparate erzielt hat. Inmitten der Auflösung aller Ordnung muß unbedingt dafür gesorgt werden, daß das öffentliche und das Wirtschaftsleben nicht eines Tages stillsteht. Die aus gestellte Aufgabe ist wahrhaft gigantisch, ihre Lösung unmöglich, wenn jeder nach seinem eigenen Kopfe darauf loswirtschaftet. Nur ein sozialer, einheitlicher Wille kann der unendlichen Schwierigkeiten der Lage Herr werden. Brüder im Wasser! Wir dürfen nicht dulden, daß Unzulänglichkeit, Zerfahrenheit, Eigenwilligkeit, Eigenmächtigkeit uns um die Früchte der Revolution bringen. Wir müssen unbedingt verlangen, daß ein einheitlicher Mehrheitswillen gebildet und daß dieser einheitliche Wille in allen praktischen Maßnahmen der Staatsverwaltung ausgehalten wird, wie die Vertreter der Bevölkerung es vorschreiben." Eberts Rede fand stärksten Beifall.

Es folgt der Bericht des Volkszugsrats. Richard Müller: Es war schwer für den Volkszugsrat, sich durchzuhauen. Es wurde ihm vorgeworfen, die Berliner wüssten das ganze Reich beherrschen. Das ist ebensowenig wahr, wie die Behauptung, der Volkszugsrat vergrößere das Reichsgeld und treibe Betternwirtschaft. Der Volkszugsrat hat der gegnerischen Presse gegenüber eine wahre Sammelsurce gegeben. Es ist klar, daß er nur ein Propagandist ist, das alsbald durch etwas Endgültiges zu ersetzen ist. Wir treten gern zurück. Wir haben so sparsam gewirtschaftet, wie es nur möglich war. Ich soll an dem Blutbad in der Chausseestraße schuld sein, ebenso an der Verhaftung der Stinnes-Beate. Kein Wort davon ist wahr. Ich soll 80000 Mark Vorschuss genommen haben. Das ist nicht wahr. Ich habe keinen Pfennig liquidiert. Die gegen den Volkszugsrat erhobenen Beschuldigungen sind hältlos. Die Geschichte von den 800 oder gar 1800 Millionen ist Schwund, aufgebracht von denen, die uns bloßstellen oder befeitigen wollen. Es handelt sich um 500000 Mark. Das Verhalten des Rates der Volksbeauftragten zum Volkszugsrat, wie es sich jetzt gezeigt hat, ist unerträglich. Es scheint, als ob er sich nicht länger unter unsere Kontrolle stellen will. Der Volkszugsrat ist die oberste Instanz. Er ernannte die Minister, ohne daß Widerspruch laut wurde. Die Befreiung von Dr. Solf vom Auswärtigen Amt mußte von uns gefordert werden. Ein Vertreter des alten Systems ist dort nicht mehr zu dulden. Auch die Alten des Auswärtigen Amtes mußten beschlagnahmt werden. Wir verlangen, daß Erzberger an den Friedensverhandlungen nicht teilnimmt. Solf und David sind stets die Verteidiger der imperialistischen Kriegspolitik gewesen. David durfte nicht mit der Kontrolle

der Geheimdokumente betraut werden. Beide sind noch im Amt.

Es sind Anträge eingegangen auf erlaute Einladung russischer Delegierter zum Kongress, auf die sofortige Entwaffnung der Gegenteilrevolutionären und auf die nochmalige Abstimmung über die Zulassung Roja Eugenborgs und Karl Liebknechts mit beratender Stimme. Bei der Abstimmung wurde jedoch der Antrag mit überwältigender Mehrheit abgelehnt, was zu außerordentlich stürmischem Rundgebungen und geheftigen Beschimpfungen führte, an denen sich auch die Tribünen beteiligten.

Als letzter Redner erklärte Becker (Rosenheim), in Bayern solche man befreit auf Berlin und fürchte, es werde so wie in Russland. Die Bauern wollten keine Lebensmittel mehr liefern, wenn nicht bald die Ordnung hergestellt werde. Die Bremer Lubendorff und Tixis sollte man vier Jahre in einen Zwinger sperren und mit Kohlentrümmern füttern, wie das das Volk auch erdulden müsste.

**Unerhörte französische Forderungen.**  
Berlin, 16. Dezember. An der gestrigen Sitzung des neugebildeten Wirtschaftsausschusses der internationalen Waffenstillstandscommission nahmen zum erstenmal deutsche Sachverständige aus allen Berufsständen teil. Französischesse wurden Forderungen für die Belieferung Elsaß-Lothringens aufgestellt in Höhe von monatlich 31500 Tonnen Kohle, 105000 Tonnen Kohle, 120000 Tonnen Manganerzen und 40000 Tonnen Alteisenstrot. Außerdem wurde die Ableitung von Maschinenarbeiten, Treibstoffen, elektrischen Motoren aus ostpreußischen Gebieten, je nach dem Bedarf der Elsaß-Lothringischen Industrie, sowie Belieferung eines französischen Departements mit deutschen Brennstoffen gefordert. Die Franzosen bestanden auf Annahme ihrer Forderungen in unveränderter Form. Demgegenüber vertrat die deutsche Kommission den Standpunkt der Gegenfeindlichkeit. Da die Franzosen diesen Standpunkt als Ablehnung ihres Vorschlags betrachteten, wurden die Verhandlungen zunächst vertagt.

Deutsche Waffenstillstandscommission.  
Staatssekretär Erzberger.

## Tagesgeschichte.

### Deutschland.

Rücktritt des Kriegsministers. Der Volksbeauftragte Dr. Landsberg teilte in der Dienstsitzung der Reichskonferenz der A.- und S.-Räte mit, daß Kriegsminister Scheuch seine Entlassung eingereicht habe.

Wie die Revolution vorbereitet wurde. In einer Versammlung des A.- und S.-Rates in Magdeburg erzählte der Führer der Unabhängigen, das Exekutivmitglied Bader: Uns ist diese Revolution nicht überraschend gekommen, seit dem 2. Januar d. J. haben wir den Umsturz systematisch vorbereitet. Die Arbeit war schwierig und gefährlich zugleich, wir haben sie mit vielen Jahren Zucht und Gefängnis bezahlt. Die Partei hatte eingesehen, daß die großen Streiks nicht zur Revolution führen, es mußten daher andere Wege beschritten werden. Die Arbeit hat gelohnt. Wir haben andere Leute, die an die Front gingen, zur Fahnenflucht veranlaßt: die Fahnenflüchtige haben wir organisiert, mit falschen Papieren ausgestattet, mit Geld u. unterjürgenlosen Flugblättern versiehen. Wir haben diese Leute nach allen Himmelsrichtungen, hauptsächlich wieder an die Front geschickt, damit sie die Frontsoldaten bearbeiten und die Front zerstören sollten. Diese haben die Soldaten bestimmt, überzulaufen; und so hat sich der Fall allmählich, aber sicher vollzogen.

Gänzliche Einstellung des Personenverkehrs? Der "Vorwärts" meldet: Infolge der drückenden Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages, der eine weitgehende Ableitung unseres rollenden Materials vorsieht, macht sich eine erhebliche Einschränkung des Bahnverkehrs, ähnlich wie zu Beginn des Krieges, notwendig. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Personenverkehr überhaupt auf einige Zeit eingestellt wird.

Kartakusjugend. 13- bis 17jährige Jungen und Mädchen trugen am Sonntag in Berlin lärmend unter Hochrufen auf Viehmarkt und Rosa Luxemburg nach dem Abgeordnetenhaus. Sie forderten 6 Stunden Arbeit für Jugendliche unter 16 Jahren, Abschaffung der Wehrpflicht und des Füchtigungsrechtes, Schaffung eines Jugendgesetzes unter Mitwirkung von Jugendlichen und die Volljährigkeit mit dem 18. Lebensjahr. Ein 17jähriger Bursche drohte, wenn diese Forderungen vom Befehlsträger nicht durchgeetzt würden, würde er die Macht der Demonstranten zu führen bekommen. (Ist denn niemand da, der diesen Bengel die Hosen straff zieht?)

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Anhalt. Die Wahlen zur konstituierenden Landesversammlung für Anhalt brachten folgendes Ergebnis: Es wurden Stimmen abgegeben für die Sozialdemokratie 92229, Bürgerliche Demokratie 54447, Bollpartei (Kons.) 9256, Mittelstand 3249. Gewählt sind: 22 Mehrheitssozialisten, 12 Bürgerliche Demokraten, 2 Bollpartei (Konservative).

Sieg der Sozialisten in Mecklenburg. Bei den am Sonntag erfolgten Landeswahlen erhielten die Sozialisten 22, die Liberalen 16 Stimmen. Drei Stimmen entfielen auf die Handwerker und 1 Stimme auf den Bauernbund.

**Die Franzosen in der Pfalz.** Die französischen Besatzungstruppen in der Pfalz haben die meisten Betriebe und Unternehmen" stillgelegt. Erklärt, die Arbeitshilfemüsse nach Belgien und Frankreich gehen, wo es genügend Arbeit gebe. Diese Erklärung wurde dem bayerischen Nationalrat mitgeteilt, welcher gegen die Zulassung eines energischsten Protest erhob.

### England.

**Die englische Presse für Milderung der Blockade.** "Daily News" schreibt, es scheint, daß bisher nichts getan worden sei, um Lebensmittel durch den Blockadeschutz durchzulassen. Die Forderung nach völliger Aufhebung der Blockade könne nicht buchstäblich aufgefaßt werden, und der Lebensmittelrat der Alliierten werde noch immer die Kontrolle über die Vorräte ausüben müssen. Aber es sei von größter Bedeutung, daß mit der Rationierung Deutschlands sogleich begonnen werde. Die Massonerie dafür sei vorhanden. Man könne die Deutschen zu Berechnungen mit dem Lebensmittelrat der Alliierten, dessen Mitglieder sie nach Ratifikation des Friedens werden könnten, einladen". Alle Verzögerungen und das Gerede über eine unmögliche Schadengutabgütung seien nur dazu geeignet, in Deutschland einen Zustand herzorzuführen, welcher für die Alliierten nicht weniger verhängnisvoll sei" werde, wie für Deutschland selbst. Auch "Manchester Guardian" verlangt eine Milderung der Blockade.

### Schweden.

**Schweden telegraphiert Wilson an.** Die beiden Kammer des schwedischen Reichstages sandten an den Präsidenten Wilson ein Telegramm, in welchem sie den Präsidenten in Europa willkommen heissen in der Hoffnung, daß die von Wilson für das Zustandekommen eines dauerhaften und auf Gerechtigkeit basierenden Weltfriedens ausgesprochenen Grundsätze auf dem bevorstehenden Friedenskongress verwirklicht werden. Auch die liberale, sozialdemokratische und konservative Partei Schwedens sandten Begrüßungstelegramme ab.

## Örtliche und Sächsische Nachrichten.

**Eibenstock.** — Eibenstock, 18. Dezember. Die Verlustliste Nr. 567 der Sächs. Armee enthält aus unserem Amtsgerichtsbezirk folgende Namen: Aus Eibenstock: Johannes Unger, vermisst, Hans Schubert, Gefreiter, leicht verwundet; aus Schönheide: Kurt Bledermann, leicht verwundet, bei der Truppe, Ernst Eichmann, Gefreiter, vermisst, Albert Hartel, leicht verwundet; aus Schönheidehammer: Paul Heinz, leicht verwundet, Max Werner, leicht verwundet; aus Oberthengen: Johannes Trommer, vermisst, Max Beier, Unteroffizier, leicht verwundet; aus Unterthengen: Paul Leistner, Gefreiter, schwer verwundet, Max Preiß, leicht verwundet; aus Hundshübel: Willy Wermann, Gefreiter, 10. 10. 18 leicht verwundet, 25. 10. 18 erneut leicht verwundet; aus Sosa: Ernst Klug, leicht verwundet.

**Carlsfeld.** — Carlsfeld, 17. Dezember. Um Sonntag stand hier im "Guten Baum" eine von der christlich-nationalen Gewerkschaft des Ortes einberufene öffentliche Volksversammlung statt, in der Verbandssekretär Voigt-Dresden über die gegenwärtige Lage sprach.

Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Die am 16. Dezember zahlreich versammelten Männer und Frauen von Carlsfeld stellen sich einmütig auf den Standpunkt des Redners und fordern von den jüngsten Gewalttätern unverzüglich alle Mahnmahmen, die dem deutschen Volke Frieden, Brot, wirtschaftliche Freiheit und wirtschaftliches Leben sichern sollen. Als erste Voraussetzung hierfür bezeichnet die Versammlung die alsbaldige Bildung der Nationalversammlung, damit eine dem Willen des ganzen Volkes entsprechende und vom Vertrauen des ganzen Volkes getragene Regierungsgewalt zustandekommt, die nach außen und innen die Geschichte der Nation nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit zu leiten vermag. Das Recht, in unser wirtschaftliches und kulturelles Leben tief einschneidende Maßnahmen zu treffen, spricht die Versammlung den durch die Revolution zu Machthabern gewordenen Personen ab. Diese Aufgaben fallen einzig und allein den kommenden Nationalversammlung zu.

**Dresden.** — Dresden, 16. Dezember. Dem Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts wird von Neu-Jahr 1919 ab ein schultechnischer Rat zur Seite stehen, gewählt aus der Organisation der sächsischen Lehrerschaft. Der Sächsische Lehrerverein hat drei geeignete Männer vorgeschlagen, von denen sich das Ministerium einen auswählt. Eine ähnliche Einrichtung ist auch für die Bezirksschulinspektionen des Landes geplant.

**Dresden.** — Dresden, 15. Dezember. (Meldung des Präsidiums des A.- und S.-Rates Groß-Dresden.) In Dresden kam es auch in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag zu Zusammenstößen mit den Kommunisten. Gegen 11 Uhr versammelten sich in der Schloßstraße vor Hotel Stadt Gotha etwa 200 Personen, die das Portal nach Lebensmitteln durchsuchen wollten, schließlich aber von ihrem Vorhaben Abstand nahmen. Etwa zur gleichen Zeit versammelte sich ein kleiner Trupp auf dem Altmarkt, wo ein Matrose erklärte, daß die Sache erst um 12 Uhr beginne. Er sagte aus: Kameraden! Es bleibt dabei! Die Maschinengewehre und Gewehre sind alle bereit. Punkt 12 Uhr seid ihr alle wieder hier! Dieserede wurde erst als Rennomisterei betrachtet. Es stellte sich dann aber heraus, daß sich der Matrose mit einer Anzahl Soldaten ziemlich plötzlich auf dem Altmarkt einband und durch Steden alle Neugierigen an sich zog, bis sich ein Zug von etwa 300 Personen bildete. Es wurde gerufen: Alles hinten anschließen! Und unter Gesang zog die Menge durch die Prager Straße in der

Richtung

dem Sch

gesp

wechs

täti

stion

tätsar

der El

turar

zu nob

schwerb

etum e

Ebert:

auftrag

der Le

nächste

schnei

bringt

und si

gleicher

nen Be

ligions

session

kann t

Lebe

mit: D

durch C

währt

ein

19.

sten. —

Ler)

vorüber

mehrfach

wollen

— Stad

Unterh

rend de

Stieden

19.

osten. —

ler)

vorüber

mehrfach

wollen

— Stad

Unterh

rend de

Stieden

19.

sten. —

Ler)

vorüber

mehrfach

wollen

— Stad

Unterh

rend de

Stieden

19.

sten. —

Ler)

vorüber

mehrfach

Richtung nach dem Hauptbahnhof und schließlich nach dem Konzerthause an der Neubahnstraße. Der Zug wurde geführt von acht Matrosen, einem Jäger Bellmann und einem Büttner, der später als ein Redakteur Karl Kaufmann aus Bamberg festgestellt wurde. Das Lokal wurde mit Gewalt geöffnet und durchsucht. Während der Durchsuchung stand ein Soldat Stegeli, der dem Zug angehörte, mit dem Gewehr vor dem Konzerthause Posten. Es war mittlerweile gegen 1 Uhr geworden, als Soldaten der Nachrichtenabteilung 12 und das Jägerbataillon 13 anmarschierten. Aus der Menschenmenge wurde sofort auf die Soldaten geschossen, was durch den Jäger Bellmann und einen beteiligten Matrosen später auch zugegeben wurde. Daraufhin wurden ungefähr 10 Minuten lang von beiden Seiten Schüsse gewechselt. Der Schießerei fielen ein Soldat der Nachrichtenabteilung und ein Büttner zum Opfer, die getötet wurden. Der Soldat wurde von einer Frau erschossen, die eine Schußwaffe aus dem Muff zog und den Soldaten auf kurze Entfernung durch einen Kopfschuh tötete. Die Frau konnte in dem allgemeinen Durcheinander leider nicht ermittelt werden. Außerdem wurden, wie bisher festgestellt werden konnte, 6 Soldaten, die den herbeigekommenen Truppen angehörten, und 3 Büttner verwundet. Als Räubelführer wurden 14 Teilnehmer festgenommen.

— Leipzig, 15. Dezember. Wie Wolffs Sächsischer Bandesdienst erfährt, wird die sächsische Königliche Zeitung am 31. Dezember 1918 das Erstchein als Antisemit einstellen. Verlagsrecht und Zeitungstitel sind durch Kaufvertrag auf den Verlag der "Leipziger Abendzeitung" übergegangen. Diese wird am 1. Januar 1919 unter dem Titel "Leipziger Zeitung" als demokratische Bürgerzeitung erscheinen.

— Marienberg, 15. Dezbr. Vom Starkstrom getötet wurde heute der 26-jährige Elektrizitätssarbeiter Alfred Kummich von hier. Er war bei der Elektro-Ueberlandzentrale angestellt und mit Reparaturen beschäftigt, wobei er der Hochspannungsleitung zu nahe gekommen ist.

— Schneeberg, 16. Dezember. Auf die Beschwerde des bissigen A. und S. Rates hat das Ministerium endgültig entschieden, daß die von ersterem entlassenen Staatsräte Oberstaatsrat Dr. Gilbert, Geltner, Ebert und Schmell in ihrem Amte zu belassen sind.

— Schulreform in Sachsen. Der Volksbeauftragte Kultusminister Buck teilte in einer Versammlung der Lehrerchaft im Schulaussichtsgebiete Bautzen mit, daß nächste Woche eine Verordnung erscheinen werde, die einschneidende Reformen für das sächsische Volksschulwesen bringt. Danach fällt von Ostern 1919 ab in den Volksschulen das Schulgeld fort. Von dem gleichen Zeitpunkte ab sind alle Volksschulen zur allgemeinen Volksschule (Einheitsschule) umzu gestalten. Der Religionsunterricht soll so erteilt werden, daß er keine Konfession verleben wird. Die Genehmigung von Privatschulen kann in Zukunft nicht mehr erteilt werden.

— Wiederaufbau des Wirtschaftslebens. Das Arbeits- und Wirtschaftsministerium teilt mit: Dem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens droht dadurch Gefahr, daß Handelskreise und Publikum sich gegenwärtig vor Aufgabe von Bestellungen scheuen und sogar exterrite Aufträge aus nichtigen Gründen rüdigfähig zu machen suchen, wohl aus Furcht vor Eingriffen in das Privateigentum und in der Hoffnung auf billigere Preise. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß das Haushalt und die zum persönlichen Bedürfnisse des Menschen dienenden Gegenstände selbst von einer weitgehenden Sozialisierung keinesfalls ergreifen werden. Auch die Hoffnung auf ein Sinken der Preise ist leider noch für geraume Zeit völlig unbegründet, da die Entwertung unseres Geldes noch längere Zeit andauern wird, und deswegen weder die Arbeitsschöpfer, noch die Rohstoffpreise zurückgehen können. Trotz der für jedermann auf lange hinaus gebotenen Sparanstalt muß daher empfohlen werden, für das Geschäft oder den eigenen Bedarf mit Rücksicht nicht länger zurückzuhalten. Nur so vermag die Industrie ihre aus dem Felde heimkehrenden Arbeiter zu beschäftigen und die unabsehbaren Nöte und Gefahren größerer Arbeitslosigkeit zu verhindern. Leiderdies vermeldet der Handel durch glatte Abnahme bereits bestellter Waren den Verlust kostspieliger Prozesse; denn selbstverständlich bleiben abgeschlossene Verträge trotz der Veränderung der politischen Verhältnisse voll in Kraft. Vor allem schlägt sich aber jedermann durch rechtzeitigen Einkauf vor Warenmangel und durch ihn hervorgerufene Preistreibereien, die zu befürchten wären, wenn der jetzt vorhandene und ungedeckte gelassene Bedarf in späterer Zeit auf einem durch Beschäftigungslosigkeit und ihre Folgen gerütteten Markt Deckung suchen müßte.

— Gewerkslosen-Unterstützung. Die Kosten der kürzlich eingeführten Gewerkslosen-Unterstützung werden für Sachsen auf etwa 100 Millionen Mark geschätzt, von denen 75 Millionen auf den Staat, der Rest auf die Gemeinden entfallen wird.

## Weltkriegs-Erinnerungen.

Redaktion verboten.

19. Dezember 1917. (Die Kämpfe im Westen.) In der ganzen Westfront lebte der Artilleriekampf vorübergehend auf, während an der italienischen Front mehrfache Gegenangriffe der Italiener gegen die neugeworfenen Linien am Monte Pertica abgewiesen wurden. — Staatssekretär von Kühlmann wurde vom Kaiser als Unterhändler bei den Friedensverhandlungen bestellt, während dem Reichskanzler das Mandat zum Abschluß der Friedensverhandlungen erteilt wurde.

## Rivalinnen.

Novelle von Rudolph Glöe.

19. Fortsetzung.

### 13. Kapitel.

Die Hochzeit wurde auf Fallerhof in aller Stille gefeiert. Der Notar aus Köln, welcher zur endgültigen Regulierung der Erbschaftsangelegenheit nach dem Gute gekommen war, der neue Gutsherr, dem Hans in seiner Abwesenheit den Hof zur Bewirtschaftung überließ, und Braun, der Notar zu Holsbach, wohnten der kleinen Feier bei, welche in dem kleinen Speisesaal des alten Gutshofes gefeiert wurde. Die Hofsäuber des nahen Städtchens rissen zwar arg die Männer darüber auf, daß die Witwe nicht nach altem pfälzischen Brauch ihren Freien ein volles Jahr betrautete, aber Natalie summerte sich wenig um das Gerede der Leute. Sie hegte die Überzeugung, daß sie einen gerechten Anspruch habe auf Glück. Und sie war glücklich an diesem Tage, ja glücklich, daß sie nur den einen Wunsch hatte, dies Fest möge nie zu Ende gehen. Hans sah sehr ernst aus, fast zu ernst für einen glücklichen Bräutigam, aber er bezeugte Natalie so viel Güte und zarte Aufmerksamkeit, daß diese seinen Ernst auf Rechnung der feierlichen Stimmung schrieb, welche in dem kleinen Kreise herrschte. Daß ihr junger Gatte oft im Geiste die dunklen Augen Blanches wie fliegend auf sich gerichtet sah, daß er während der ganzen Feier mit einem Gefühl der Wehmuth zu kämpfen hatte, ahnte sie nicht.

Am nächsten Morgen, als kaum die ersten Strahlen der Sonne die Dächer des Gutshofes beleuchteten, stieg das neuvermählte Paar in den Reisewagen, vor dem ein silbernes Pferdgespann ungeduldig den Kies scharrte. Als Natalie, zur zweiten Reise gerüstet, von allen Bewohnern des Hofs Abschied genommen hatte, stieg sie, auf den Arm ihres Gatten gelehn, in die Kutsche. Ihr bleiches Gesicht war von einem zarten Rot überhaucht, ihre schönen Augen strahlten von innerem traurigem Glück. Und jetzt, da sie sich an die Seite des geliebten Mannes geschniegt in den weichen Rissen des rasch dahinrollenden Wagens wiegte, kam ihr der einzame Hof wie verwandelt vor. Sie hatte den Frühling zehnmal wiedersehen sehen, aber noch nie war er ihr so reizvoller Geist erschienen. Die Kirche und Taubenhäuse waren mit Blütenblüten überdeckt, und ein süßes, würziges Aroma trug der Morgenwind zu ihr herüber. Der Hahn schrillte majestätisch an der Spitze der gackenden Hühnerchar über den Weg, breitete auf dem hohen Rain sein Gefieder aus und lächelte wie zum Abschiedstrug ein lautes Kikeriki erschallten. In den Asten der alten Nastianen flatterten die Stare um die Blütenblüten und plapperten so vergnügt, wie die Fincken zwitscherten und die Spatzen lärmten. Die ganze Natur war lebendig, voller Duft, voller Farbe und Vicht.

"Welch' ein schöner Tag!" bemerkte Hans lächelnd, "es ist fast, als wolle die Natur uns zu unserer lieben Unternehmung Glück wünschen!"

"Sieh, jetzt steht die Welt im Einlaß mit meiner Stimmung," jubelte Natalie. "Ich habe dich, ich reise an deiner Seite in die weite Welt und meine, ich hätte Flügel, die mich zum Himmel tragen."

So schien Hans während der ganzen Reise, als habe keine Gefährtin in der Tat Flügel. Alle Hemmnisse und Vergeßlichkeiten, welche von großen Unternehmungen unzertrennlich sind, schienen sie kaum zu berühren. Sie lachte über alle kleinen Unfälle, wachte in allen Verlegenheiten Rat, und an den Elastizität ihres Geistes erlaubten die kleinen Rätselstiche eines widrigen Gesicks. Ihr ganzes Wesen war so sonnig, so klar und liebenswert, daß auch Hans sich erwärmt fühlte, daß seine Sympathien für diese wunderbare Frau von Tag zu Tag inniger wurden, daß das Bild Blanches mehr und mehr verblaßte und die trüblichen Schatten aus seiner Seele wichen. Die Fahrt über den Atlantischen Ozean vollzog sich wie im Fluge. Natalie bewunderte das Meer in all seinen Erscheinungen, sie fand die spiegelglatte, sonnenbeleuchtete Wasseroberfläche mit dem weiten Horizont so schön wie die rauschenden Wogen mit dem fliegenden Blick und den bleigrauen Wolken darüber. Sie fühlte sich frei und erhoben, wenn am Morgen der glänzende Sonnenball am Horizont auftauchte und die ersten Strahlen über den endlosen Meerespiegel blitzen, und konnte stundenlang auf dem Deck hin- und herspazieren und den Mond betrachten, der am Nachthimmel durch zerrissenes Gewölk zu einem schien. Ost war es Hans, als habe dies geistvolle Wesen sein Leben lang nach Freiheit und Daseinsfreuden gesucht und endlich jetzt den brennenden Durst in vollen Zügen.

"Ich bin so glücklich." Dieses Wort schwieb stets auf ihren Lippen.

Und Natalie änderte sich auch nicht, als der Dampfer in New York landete, als eine fremde, wogende, kirmende Welt sie umgab. Hans hatte stets gefürchtet, daß das Geräusch und Gelöse einer Weltstadt sie ängstigen und erschrecken würde, allein das war ein Irrtum. Diese Frau, welche ihr halbes Leben in der Einsamkeit verbracht, schien das Getöse und Gewühl der reisenden Hafenstadt mit Neugierde und Lust zu betrachten. Als er sie fragte, ob sie sich denn nicht bedrückt, gedämpft fühlte, antwortete sie mit lächelndem Lächeln:

"O nein, ich freue mich über alles und fürchte gar nichts. Was sollte ich auch fürchten? Du bist ja bei mir."

Die Unterhandlungen mit den amerikanischen Fabrikanten nahmen einen ganz anderen Verlauf, als Hans erwartet hatte. Die schlauen Yankees, welche ein großes Stahlwerk für den Bau landwirtschaftlicher Maschinen besaßen, erkannten den Wert der Erfindung des alten Faller sofort, allein sie suchten Hans zu überreden und ihm das Geheimnis zu entlocken. Natalie hatte sich mit der Vage des Sage vertraut gemacht und mit großer Scharfzinn erriet sie die wahre Absicht der amerikanischen Geschäftsfreunde. Sie warnte ihren Mann, und nach gemeinsamer Beratung, bei welcher Hans seine Überredung ihre geistige Überlegenheit erkannte, entschlossen sie sich sofort, das Patent für die Erfindung zu sichern und vorläufig alle weiteren Verhandlungen abzubrechen. Dadurch wurde ihr Aufenthalt in den Vereinigten Staaten bedeutend verlängert. Beim Anfertigung eines neuen Modells und Anflösung neuer Unterhandlungen mußte Hans Neisen nach Philadelphia, Baltimore und Chicago unternehmen.

Natalie blieb stets an der Seite ihres Gatten. Fehlgeschlagene Hoffnungen vermochten sie nicht zu entmutigen und wenn Hans darüber die Hoffnung verlor, war sie es, die ihn aufriechte, die ihn zu neuen Versuchen anspornete, ihm die Heiterkeit des Gemüts wiedergab.

Endlich, als der Sommer zu Ende ging, gelang es, einen annehmbaren Vertrag zu finden, nach welchem Hans sein Patent für Amerika einer angesehenen Firma Chicagos gegen eine bedeutende Summe überließ. Als Hans dieses Geleist glücklich abgeschlossen hatte und eine Summe in guten Wechseln in seiner Brusttasche barg, welche vollauf genügte, um in Deutschland ein Stahlwerk zur Anfertigung

seiner Erfindungsmaschine zu gründen, mußte er sich gestehen, daß er diesen ersten Erfolg zum großen Teile Natalie zu danken habe. Er mußte sich ferner gestehen, daß er in dem innigen Verkehr mit ihr an geistiger Reife und Feinfertigkeit des Charakters bedeutend gewonnen habe. Mit dem Gefühl der Bewunderung aber verbund sich immer mehr jenes der Hartlichkeit und Liebe, und Hans sagte sich, daß Natalie ihn wahrhaft beglücke.

Hans neuer Plan für die Zukunft und voller Freude über den sehr erzielten ersten Erfolg bestieg unser Paar einen Dampfer, der für Havre de Grace bestimmt war. Sie wollten auf der Rückreise Frankreich besuchen und einen kurzen Aufenthalt in Paris nehmen.

### 14. Kapitel.

"Da ist das Kap de la Hague, bald werden wir Cherbourg sehen!" rief der Kapitän des "Lafayette" von der Schiffsschreiber herab.

"Wann laufen wir in den Hafen von Havre ein?" fragte Hans.

"Soll das Wetter gut bleibt, in der Nacht, auf alle Fälle können Sie Ihr Frühstück am Banne einnehmen," antwortete der Kapitän lächelnd.

Hans, der am letzten Tage der Fahrt mit Natalie eine lange Promenade an Deck des kleinen Dampfers gemacht hatte, wandte sich mit glänzendem Gesicht seiner Gefährtin zu. "Hört da, Sahay? Morgen früh sind wir am Banne."

"Freust du dich darüber?"

Hans nickte.

"Wir tun's leid," fuhr Natalie fort, und ihre schönen Augen blickten einem Segel nach, das vom Abendlicht der Sonne wie mit Purpurglut übergoßen war. "Ich liebe das Meer; bei seinem Anblick wird mir die Seele so weit und wenn ich nichts um mich erblicke, als die wogende Flut, fühle ich mich ganz der Welt entzweit. Noch nie war ich meines Glückes so sicher, als in diesen Schiffsräumen. Ich besaß dich ganz allein. Kein Mensch hatte Anteil an dir, ausgenommen der alte Kapitän, wieren er dich zu einer Whistpartie verführte."

"Wer wird den Eigentum so weit treiben," scherzte Hans.

"Ah ja, ich bin selbstsüchtig, aber ich halte die Selbstsucht für keinen Fehler denn Geist und Herz machen sie zur Tugend, nur bei Schwachsinn wird sie zum Fehler."

Ein plötzlicher Windstoß entführte Natalie aus. Hans schob sich erquickt um, lächelte indessen, als sie bemerkte, daß er gegen das Steuerhäuschen geslagen war, wo sich ein kleiner Schiffsungeheuer seiner bemächtigte.

Der Kapitän blickte besorgt nach Westen, prüfte das Barometer, welches eine bedeutende Änderung in der Atmosphäre anzeigen, und sagte zum Schiffssingenieur: "Wir müssen uns beeilen, in den Hafen zu kommen, geben Sie mehr Steam."

Den Vorfahrt verließ der Abend in der heitersten Weise. Man betrachtete die Bastionen und Türme von Cherbourg, brachte sie nach Mitternacht ein furchtbares Krachen.

Jäh fuhr sie vom Lager auf und rief: "Hans!"

Niemand antwortete.

Bei dem schwachen Lichtchein, der von der Gaslaternenlampe auf das Lager ihres Gatten fiel, bemerkte sie, daß es leer war. Eine seltsame Bangigkeit überkam sie. Mit einem Male wurde sie gewahr, daß das Schiff heftig schwankte, daß die Maschine eine Bewegung macht, welche den ganzen Schiffssörper erschüttert, und über ihr der Sturm heule.

Wo war Hans? — Es blieb ihr jetzt die Erinnerung auf, daß er sie geliebt habe, als sie zu Bett ging, und daß er sie sagte, er werde noch ein wenig auf Deck bleiben, da er keinen Schlaf vertrübe. Wo war er jetzt? Was ging da droben vor? Sie hörte deutlich rauhe Kommandoworte, dann das Trappeln hin- und herrendender Menschen, das Knarren und Krachen der Planken, das Heulen des Sturmes und die fiktive erschütternde Bewegung der Maschine. Die letztere brachte den Eindruck hervor, als krieche das gewaltige Schiff über steinigen Grund. Am Ende war der "Lafayette" auf ein Riff aufgelaufen.

Und sie blieb allein.

(Fortsetzung folgt.)

## Vermischtes.

Sind die großen Buchstaben notwendig?

Anscheinend an die in letzter Zeit häufigen Erörterungen über Verbesserungen, durch die Zeit und Arbeitskraft beim Gebrauch der Schreibmaschinen gespart werden könnten, werden zahlreiche Vorschläge zur Vereinfachung unserer Schrift überhaupt laut. Das wichtigste Problem ist, wie Prof. Johannes Dürr in der "Ulmjau" darlegt, die Frage der Bezeichnung unserer Großbuchstaben. Die anderen europäischen Sprachen, so wird bemerkt, haben auf fallend weniger große Buchstaben als wir, und auch diese werden meist nur aus veralteten schönschriftlichen Gründen gebraucht. Andere Sprachen, wie das Hebräische und das Arabische, kennen den Unterschied zwischen großen und kleinen Buchstaben überhaupt nicht. Daß diese Unterscheidung überflüssig ist, zeigt am klarsten die Stenographie, die einen solchen Unterschied weder macht, noch vermisst. Tatsächlich kann nicht gelehrt werden, daß durch den Ballast der Groß- und Kleinschrift viel Zeit, Hirn- und Nervenenergie vergeben wird. Bezuglich des Maschinenschreibens im besonderen würden durch Abschaffung der großen Buchstaben nicht nur die doppelten Typenformen und mehrere Hebel gespart werden, sondern auch die nicht zu unterschätzende geistige und körperliche Arbeit bei der Unterscheidung würde in Begiß fallen. Daher könnte das sogenannte Zebnijerfolgsteil viel ausnahmsloser und hemmungsloser durchgeführt werden, wodurch wiederum ein bedeutender praktischer Nutzen bei verringertem Aufwand erzielt würde. Endlich ist in Erwägung zu ziehen, daß solche Maschinen infolge ihrer unbedingten Vereinfachung zweifellos auch viel billiger in der Herstellung wären.

### Bahnswellen aus Eisenbeton.

Der Eisenbeton erobert sich immer weitere Gebiete. Nachdem bereits Schiffe aus Beton gegossen wurden, hat man jetzt mit Erfolg die Herstellung von Bahnswellen aus Eisenbeton verübt. Wie die "Engineering News" berichten, haben diese neuartigen Schwelle sich sehr gut auf einer Straße bewährt, die von Zug mit 87 Tonnen Dampf- und 70 Tonnen Innengewicht befahren wird. Sie sind in der Längsrichtung durch 9,5 mm starke Eisenstäbe verstärkt, an welche ein Drahtgelenk befestigt ist. Auch die Außenseiten werden durch Drahtgelenk geschützt.

## Aus Tier- und Pflanzenreich.

### Der Drosselgesang und die Kaffeemühle.

Da sich bei den Singdrosseln die Geschlechter nicht an der Färbung erkennen lassen, andererseits aber die Käfer bei den Vogelhändlern stets nur Männchen haben wollen, die singen können, haben die Singvogelhändler oft ihre liebe Not, um nicht selbst hereinzufallen und auch nicht den Käufer unbewußt zu betrügen. Ein merkwürdiges Mittel, sich in solchen Fällen Karriere zu verschaffen, wird nun im „St. Hubertus“ mitgeteilt. „Im Hortshause“, so heißt es in der betreffenden Zuschrift, „hielt ich stets zahlreiche Waldvogelarten im Käfig, denn die tüchtigen Sänger sind immer gesucht und werden gut bezahlt. Bei meinen Beobachtungen in der Vogelschule, wo die Singdrosseln und Schwarzmäuse untergebracht waren, bemerkte ich nun, daß die Männchen anfangen zu singen, wenn die Kaffeemühle gedreht wurde. Aehnlich wie Hunde durch Blechmusik zur Hundearbeit veranlaßt werden, so reizte das Geräusch der Kaffeemühle die Drosseln. Je länger man drehte, um so mehr entwöhnte sich die Stimmabgürzung. Es ist dies also das beste Mittel, um die Männchen der „Nachtigall des Nordens“ zu erkennen.“ 285

## Neueste Nachrichten.

Berlin, 18. Dezember. Auf Einladung des Kommandeurs der Garde für russische Major von Landsberg, hielt Liebknecht gestern einen Vortrag in der Kantine des Regiments. Zu dieser Einladung gab die von Liebknecht aufgestellte Behauptung Anlaß, die Gardesfürstereien siegen sich zu jeder gegenrevolutionären Treiberei von ihren Offizieren bewegen. Als zweiter Redner wurde Heimann von den Mehrheitssozialisten gewonnen. Nach einigen einleitenden Worten des Majors von Landsberg ergriff Liebknecht das Wort. Liebknecht war sichtlich von einer nervösen Hast besessen. Wiederholte beklagte er sich darüber, daß er für seinen Vortrag nur 35 Minuten zugesagt erhalten habe. Trotzdem dauerte sein Vortrag nahezu  $\frac{1}{2}$  Stunde. Den Schluß bildete der übliche Appell an die allgemeine sozialistische Revolution. Der zweite Redner, Heimann, forderte die Kärtassiere in seiner Rede auf, am Wahltage zu beweisen, ob sie für Liebknecht oder die Mehrheitssozialisten sich entscheiden wollen. Zum Schluß dankte Major von Landsberg beiden Rednern und teilte mit, daß bei einer demnächst stattfindenden

zweiten Versammlung auch ein Vertreter der bürgerlichen Demokratie zu Worte kommen soll.

Berlin, 18. Dezember. Vielfach wird angenommen, daß die durch die Revolution hervorgerufene Lage ohne weiteres eine Veränderung in privatrechtlicher Beziehung zur Folge habe, insbesondere allein schon ohne Rechtsgrund eine Aufhebung der Lieferungsverträge, die vor der Revolution abgeschlossen worden sind. Demgegenüber wird hingewiesen, daß das bürgerliche Recht unverändert in Kraft bleibt, soweit es nicht durch Anordnung der Regierung oder einer von ihr ermächtigten amtlichen Stelle ausdrücklich aufgehoben oder verändert worden ist.

Frankfurt, 18. Dezember. Nach einer Mitteilung der Obersten Heeresleitung hat sich der Verband das Kontrollrecht in der neutralen Zone vorbehalten. Der heisige A.- und S.-Rat meint, daß der Verband mit der Kontrolle in erster Linie die Oberaufsicht über die in der neutralen Zone vorhandene „Postzeitrappo“ ausübt. Die Oberste Heeresleitung teilt ferner mit, daß der Verband Verhandlungen mit den A.- und S.-Räten, soweit die neutrale Zone in Frage kommt, ablehnt und nur auf den alten Behörden verhandelt will.

München, 18. Dezember. Die „Münchener Augsburger Abendzeitg.“ behauptet, der frühere Reichskanzler, Graf Hertling, gebürtig bereits in den aller nächsten Tagen mit einer ausführlichen Rechtfertigung vor die Deutschen zu treten. Demgegenüber ist die „Bayrische Staatszeitg.“ erindigt, mitzuteilen, daß Graf Hertling durchaus nicht diese Absicht hat, um so weniger, als er den im Plenum und im Hauperausschuß des Reichstages gemachten Ausschreibungen nichts hinzuzufügen hat.

Zürich, 18. Dezember. Die „Neue Zürcher Zeitg.“ meldet aus dem Obereichsfeld, daß dort Kartoffelknäckepfanne herrsche, die von der französischen Regierung nicht behoben werden kann. Ebenso herrscht großer Kohlenmangel. Wegen Arbeitsmangel im Saar-Kohlenrevier besteht Gefahr, daß zahlreiche große Gruben ihren Betrieb einstellen müssen. In May, Straßburg, Colmar und anderen Städten werden fortgesetzte Ausweisungen an altdänischer Handlung gemeldet. Dem Vernehmen nach werden die Hochöfen der Elsaß-Luxemburgischen Werke infolge Kohlemangels ihren Betrieb einstellen müssen.

Basel, 18. Dezember. Aus Paris wird gemeldet: Nach einem Besuch des Rathauses kehrte Wilson nach seinem Hotel zurück, worauf Clemenceau eine Aussprache mit dem Präsidenten hatte. Man glaubt allgemein, daß zwischen Clemenceau und Wilson eine Spannung eingetreten ist. Später hatte Wilson eine Konferenz mit dem griechischen Ministerpräsidenten Venizelos. Besonders erörtert wird die Anschuldigung Sembats in der „Humanität“, die Regierung versuche Wilson in eine Falle zu locken, um ihm die Überzeugung beizubringen, daß das französische Volk Annexionen und Eroberungen forciert, die Arbeiter Frankreichs würden jedoch laut ihrer Stimme erheben für einen gerechten Frieden und für einen Völkerbund, sodaß Wilson ihre Stimme hören werde.

Basel, 18. Dezember. Aus New York wird gemeldet: Die Forderung eines Völkerbundes als Hauptbestandteil des Friedensvertrages unterstützt die meisten Universitäten und Hochschulen Amerikas. Amerika hat bis jetzt den Alliierten 8223,5 Millionen Dollar vorgestreckt.

London, 18. Dezember. Der parlamentarische Korrespondent des „Daily Chronicle“, das Blatt, das Beziehungen zu Bloch George hat, teilt mit, daß sofort, nachdem das Ergebnis der Wahlen bekannt ist, und von dem man glaubt, daß es zu Gunsten Georges ausfallen wird, die Regierung reorganisiert wird, sodass das Kabinett im ganzen höchstens nur 12 Mitglieder haben wird. Es sind große Veränderungen in der Regierung geplant. Nach denen wird Milner als Kriegsminister und Geddes als Marineminister zurücktreten. Chamberlain wird an Stelle von Bonar Law Schatzkanzler. Da die Eisenbahnen verstaatlicht werden, wird ein Ministerium für Transportwesen notwendig sein, für das Staatssekretär Geddes ausgewiesen ist. Das Kabinett wird nicht nur die Eisenbahnen, sondern auch die Wasserwege usw. umfassen. Andrews wird Lebensmittelminister.

Helsingfors, 18. Dezember. Gestern reiste der Rest der deutschen Truppen und der Stab des Generals Gold auf zwei großen Leeresdampfern von hier ab. Bei ihrer Abreise versammelte sich eine unübersehbare Menschenmenge und brachte begeisterte Kundgebungen für die deutschen Truppen und für Deutschland dar.



Hierdurch die liebste Nachricht, daß mein geliebter jüngster Sohn, unser guter Bruder, Schwager, Neffe, Onkel und Vetter, der

### Blinder Johannes Ehrler

ein Opfer der Unruhen am 7. Dezember in Dresden wurde. Im blühenden Alter von 19 Jahren wurde er aus unserer Mitte gerissen und ist am 11. Dezember auf dem Garnisonfriedhof beerdigt worden.

In unsagbarem Schmerze  
Hedwig verw. Ehrler als Mutter,  
Karl Richter, Bizefeldwebel, j. St. noch im Felde,  
und Frau Frieda geb. Ehrler,  
Richard Ehrler und Frau Ella geb. Klöden,  
Gertrud verw. Falgner,  
Leopold Ehrler, Fluglehrer,  
Rudolf Ehrler, j. St. noch im Felde.

Oberschlema, Zwiedau, Sacrau, Nordhausen  
und im Felde.

### Empfehlung

sehr schöne, gefundene Buttermöhren, gelbe Kohlrüben, schönen groß. Sellerie, festes Weißkraut, schönen stark. weißen Meerrettich, à Pfd. 90 Pf. hochselinen Kürbis, eingelegt wie Senfgurke, sowie schöne saure Gurken u. Sauerkraut.

**Aline Günzel.**

**Mundwässer**  
**Zalmpulver**  
**Zahnpasten**  
**Zahnbursten**  
**Haarwässer**  
**Bay-Rum**  
**Shampoo**

empfiehlt bestens die Drogenhandlung von

**H. Lohmann.**

### Wer Interesse hat

an Erhaltung eines geordneten Staatswesens, leistungsfähigen Bürger- und Bauerntums, zufriedenen Arbeitersstandes, von Industrie, Handel und Gewerbe, eines glücklichen Familien-Heims, unserer Heimat und Vaterlandes,

der trete sofort, besonders auch Frauen, der

**Allg. Demokratischen Partei für Sachsen**  
bet.

Dresden, Struvestraße 15.

Nur Einigkeit schützt uns gegen äußere und innere Feinde.

Oder soll es so weitergehen? Jeder zählt.

### Jugendheim

bis Mitte Januar 1919 geschlossen.

**Udo Ljw**

Übungsstunde fällt aus.  
Nächste Zusammenkunft am 9. Jan. 1919. Der Kurzleiter.

**Verschiedene Plakate,**

als  
Richt auf den Boden spucken usw.  
Die Beschäftigung von Kindern in Fabriken betr.  
Das Mitbringen von Hunden betr.  
Warnungsplakate f. Mangelsstuben.  
Bierpreisplakate.  
Brotpreisplakate.  
Lüre leise zumachen.  
Gontor.  
Ablistung.  
Stickerei-Ausgabe.  
Zutritt verboten!  
Rauchen verboten!  
Für Männer.  
Für Frauen.

Borgen tu' ich nicht usw.  
Man bittet, das Bestellte sogleich zu bezahlen.  
Find vorläufig in der Buchdruckerei von Emil Hannsbohn.

**Krawatten**

empfiehlt bestens  
Emil Mende.

**Hochtragende oder neuwert.**

**Kuh**

gegen Umtausch eines 2 jähr. Kalbes zu kaufen ge-  
sucht. Angebote unter Nr. 20  
an die Geschäftsstelle dts. Bl.

**Gesäßsäckchen mit Inhalt**

verloren Nord-Bodelstrasse.

Gegen Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Wohlreichenden Ofenlack, Aluminium-Ofenbronze**

**H. Lohmann.**

**Wohnung,**

4 Zimmer, Küche u. Zubehör  
für 1. April 1919 zu mieten gef.  
Angebote mit Preis unter Nr.  
21 an die Geschäftsst. d. Bl. erh.

**Eine leere Stube**  
zu mieten gefügt.

**Espe, Poststraße 14.**

**Berlinliste Nr. 567**

**der Sächs. Armee**

ist eingegangen und kann in der Ge-  
schäftsst. d. Bl. eingesehen werden.

### Ev.-luth. Glaubensgenossen!

Freitag, den 20. Dezember, abends 7.8 Uhr  
soll im Saale des „Deutschen Hauses“ eine Versammlung mit folgender Tagesordnung abgehalten werden:

- 1) **Vortrag des Herrn P. Bräunlich - Berlin**  
(Vorredner des Ev. Bundes): Unser Bangen und Hosen unter Berücksichtigung besonderer Einzelheiten in Elsaß-Lothringen, dem Baltenlande und anderwärts.
- 2) **Aussprache über die Lage der Ev.-luth. L.-R. angesichts der bevorstehenden Trennung von Staat und Kirche**  
(eingeleitet durch Herrn P. Wagner).

Da auf der einen Seite der gehobene Vortrag viel Interesse erwecken wird und andererseits die beabsichtigte Aussprache über die kirchliche Lage von höchster Bedeutung ist, wird auf recht zahlreichen Besuch der Versammlung gerechnet.

Alle über 20 Jahre alten Glieder der Kirchengemeinde sind herzlich eingeladen. — Der Saal soll gut geheizt sein.

**Das ev.-luth. Pfarramt. Der Evangelische Bund.**

### Einen Posten Perlbeutel,

cirka 100 Meter Metallschnur  
verkauf billig. Werte Angebote unter P. R. an die Geschäftsst. d. Bl.

**Ein Schreibpult,**  
eine Kopierpresse, ein Barmer Leuchter, ein großer eiserner Blumentisch mit Goldsäbberhälften und Springbrunnen mit Motor zu verkaufen  
Langestraße 20.

**Weihnachtsbäume,**  
darunter 4 Meter hohe, für Saal-  
besitzer geeignet, empfiehlt und  
bittet um Abnahme

**Ernst Heymann,**  
Fortschritte 6.

Druck und Verlag von Emil Hannsbohn im Elberfeld.